

# Der „Spartakusaufstand“ – die zweite Phase der proletarischen Revolution?

Teil 1: Die Ereignisse bis zum 8. Januar 1919

von Bernhard Sauer



Bewaffnete Spartakusanhänger mit Maschinengewehr haben sich während des Januaraufstands in Berlin verschanzt. Besonders erbittert wurden die Kämpfe im Berliner Zeitungsviertel geführt.

Abbildung: *Süddeutsche Zeitung* Photo

Im Januar 2019 jährt sich zum hundertsten Mal der Januaraufstand in Berlin, oft auch „Spartakusaufstand“ genannt. Er dauerte nur wenige Tage, vom 4. bis zum 11. Januar 1919, war aber doch das herausragende Ereignis der Novemberrevolution auf Reichsebene.<sup>1</sup> Die Demonstrationen im Januar 1919 waren die größten, die Berlin je erlebt hat. Hundertausende beteiligten sich. Die SPD erklärte damals, dass der „Spartakusbund“ hinter dem Aufstand gestanden habe. Von Seiten der Freikorps wurde die Behauptung aufgestellt, dass damals Deutschland dem Bolschewismus anheimgefallen wäre, wenn nicht die Freikorps mit ihrem Einsatz Deutschland davor bewahrt hätten.

So schrieb beispielsweise Friedrich Wilhelm v. Oertzen, einer der bedeutendsten Freikorps-Chronisten, der selber den Januaraufstand miterlebt hat und sich später dem Nationalsozialismus anschloss: „Der Versuch der Spartakisten, eine zweite proletarische Revolution zu entfesseln, war – jedenfalls in Berlin – durch den Einsatz der Freikorps gescheitert.“<sup>2</sup> Es wurde ein Szenarium entworfen, wonach in Deutschland die zweite bolschewistische Phase der Revolution unmittelbar bevorstand. „Die russische bolschewistische Regierung“, so wurde behauptet, „lasse den Rubel zu Millionen rollen, um die spartakistische Bewegung in Deutschland jetzt zum Sieg zu führen.“<sup>3</sup> Insbesondere das Erscheinen von Karl Radek wurde als Alarmzeichen gewertet.<sup>4</sup> „Radek“, so hieß es in einer dieser Darstellungen, „sei im Auto des Polizeipräsidenten langsam die Linden entlang gefahren und habe zum Volk gesprochen. Er habe die Leute auf der Straße aufgefordert, auszuharren, bis die russischen Truppen in Berlin seien.“<sup>5</sup> Auch Gustav Noske behauptete, Berlin habe im Januar 1919 „unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur“ gestanden, die nur mit den von ihm aufge-

stellten Truppen hätte verhindert werden können.<sup>6</sup> Diese Sichtweise wurde später von weiten Teilen der Geschichtsschreibung übernommen. So schrieb beispielsweise ein Vertreter dieser Richtung: „Die SPD hatte die Krise mit Hilfe gegenrevolutionärer und antidemokratischer Kräfte, der Freikorps, gemeistert, die bald ihre Rechnung präsentieren sollten. Wie anders aber hätte die Regierung eine demokratische Republik errichten und die Einheit des Reiches bewahren können?“<sup>7</sup> Diese These galt in der deutschen Geschichtsschreibung jahrzehntelang als unumstößliches Dogma. Auch nach Karl Dietrich Erdmann stand Deutschland nach Kriegsende vor der unausweichlichen Alternative: Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit dem alten Offizierskorps und der alten Bürokratie. Es gab in dieser Sicht nur ein Entweder – Oder: „Die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem des alten Offizierskorps.“<sup>8</sup>

Dieser Sichtweise hat Eberhard Kolb als einer der ersten widersprochen. In seiner umfangreichen Analyse der Arbeiterräte kommt Kolb zu dem Ergebnis, dass die SPD die Furcht vor den Bolschewisten selbst mit erzeugte. Es sei „seit Januar eine regelrechte Psychose herangezüchtet worden“.<sup>9</sup> Die SPD habe demnach sehr wohl einen breiteren Handlungsspielraum gehabt. Reinhard Rürup argu-

1 Eine ausführlichere Darstellung in Bernhard Sauer: Der Spartakusaufstand. Legende und Wirklichkeit, in: Heiner Karuscheit / Bernhard Sauer/ Klaus Wernecke: Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution, Hamburg 2018.

2 Friedrich Wilhelm v. Oertzen: Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936, S. 281.

3 Eduard Stadler: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 44.

4 Radek war als Abgesandter der bolschewistischen Regierung nach Deutschland gereist, um am Gründungsparteitag der KPD teilzunehmen. Dass er im Auto langsam unter den Linden entlanggefahren sei und zu den Menschen gesprochen habe, davon ist allerdings nichts bekannt.

5 Hans v. Kessel: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933, S. 151.

6 Vgl. Gustav Noske: Die Abwehr des Bolschewismus, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918–1928, Berlin 1928, S. 35 f.

7 Walter Tormin: Die Weimarer Republik, Hannover 1973, S. 92.

8 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte der Zeitgeschichte III/1955, S. 7.

9 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 406.



Ein Vertreter der Spartakusgruppe spricht während des Januaraufstands in Berlin zu einer Menschenmenge, die sich vor dem Reichstagsgebäude versammelt hat.  
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

mentierte in ähnlicher Weise: „Man muss vielleicht deutlich sagen, dass der Januaraufstand kein Spartakusaufstand war, weil das ein verbreitetes Missverständnis noch heute ist, die meisten Leute sprechen vom Spartakusaufstand, es war eine spontane Massenbewegung, die weitgehend führerlos war.“ Er stellte fest, „die in älteren Darstellungen vorherrschende These, dass während der Revolution die größte Gefahr von links gedroht habe, hat mit jeder aus der Quelle gearbeiteten Untersuchung immer mehr an Boden verloren.“<sup>10</sup> Wolfram Wette widersprach ebenfalls in seiner Biographie über Gustav Noske der bislang gängigen Geschichtsbetrachtung: Die Furcht vor einer „bolschewistischen“ Machtergreifung war seiner Meinung nach unbegründet. Die „bolschewistische Gefahr“ sei ein „propagandistisch erzeugter Popanz, keine Realität“. Mit dieser Propaganda sollte der Gewalteinsatz der Freikorps gerechtfertigt werden.<sup>11</sup>

.....

10 Reinhard Rürup: Einleitung, in: ders. (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918-19, Wuppertal 1975, S. 8.

11 Vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske: Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 792.

Die Januarerhebung als herausragendes Ereignis in der deutschen Geschichte wird auch nach 100 Jahren kontrovers interpretiert. Nach Rürup ist dies auch nicht verwunderlich, denn bei „einer Revolution, deren Frontstellungen unübersehbar mit zeitgeschichtlichen Erfahrungen und politischen Überzeugungen auch unserer Gegenwart verbunden sind“, kann von der Forschung kein einheitliches Bild der geschichtlichen Ereignisse erwartet werden. „Die Interpretation der Revolution ist in hohem Maße von den politischen Interessen und Kategorien des jeweils Urteilenden abhängig [...]“. <sup>12</sup> Doch unabhängig von dem politischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters ist es zunächst einmal notwendig, die historischen Fakten im Einzelnen möglichst wahrheitsgetreu darzustellen. Dies geschieht häufig nicht. Oft werden in den Darstellungen einzelne Ereignisse herausgegriffen, zuweilen auch verzerrt oder falsch dargestellt. Der Januaraufstand war ein überaus komplexer Vorgang, die Ereignisse haben sich häufig überschlagen und in wenigen Stunden konnte eine völlig neue Situation entstehen. Um sich ein möglichst genaues

.....

12 Vgl. Rürup, (wie Anm. 10), S. 11.



Bild von den Ereignissen zu machen, erscheint es sinnvoll, den Januaraufstand nach Tagen zu strukturieren, diese in ihrem Verlauf detailliert darzustellen und vor allem auch die damaligen Zeitungsberichte und -kommentare als authentische Quellen hinzuzuziehen. Auf dieser Grundlage ist die Beantwortung zentraler Fragen möglich: Stand hinter der Januarerhebung der Spartakusbund? Gab es damals tatsächlich eine bolschewistische Bedrohung? War der Freikorps-Einsatz unvermeidlich oder gab es Alternativen zu dem Gewalteinsatz der Freikorps?

### **Der dramatische Verlauf des „Spartakusaufstandes“**

*Samstag, 4. Januar 1919*

Ausgelöst wurden die Januar-Unruhen durch die Absetzung des kommissarischen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Am 4. Januar, einem Samstag, trafen sich daraufhin im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die sog. „Revolutionären Obleute“ – jener Kreis linker, von den Gewerkschaften unabhängiger Vertrauensleute, die im Verlauf des Ersten Weltkrieges vor allem in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet wurden – sowie Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter der neu

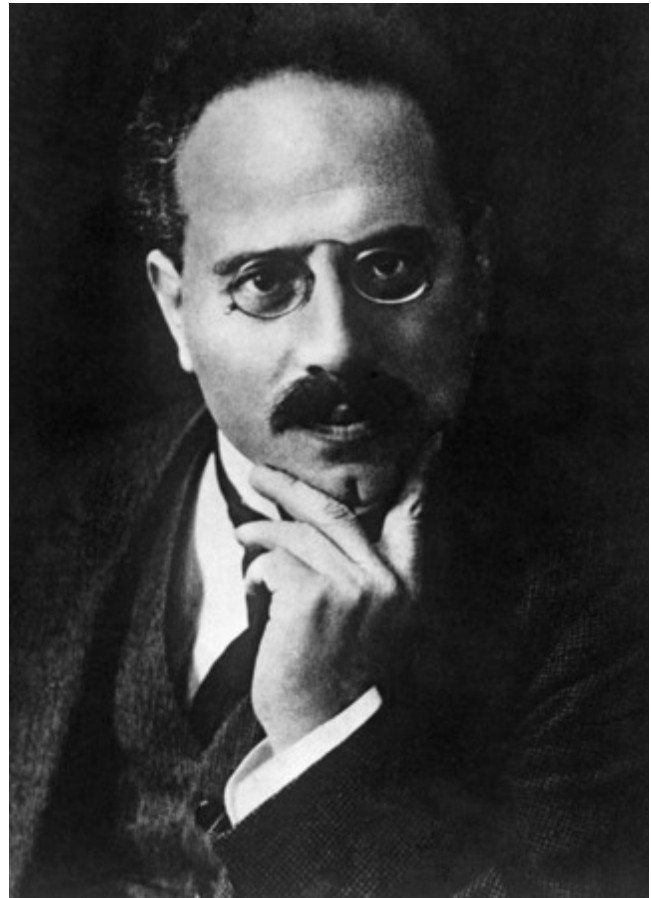
gegründeten KPD mit Eichhorn und beschlossen, für den 5. Januar zu einer Protestdemonstration gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aufzurufen.

*Sonntag, 5. Januar 1919*

Mehr als hunderttausend Menschen folgten dem Aufruf. Einige hundert Demonstranten, die bewaffnet waren, zogen auf eigene Faust in Richtung Zeitungsviertel und besetzten die Druckerei des sozialdemokratischen „Vorwärts“, das „Berliner Tageblatt“, die großen Betriebe von Mosse, Ullstein, Scherl, Büxenstein und das Wolff'sche Telegraphenbüro. Dies geschah spontan, ohne Anweisung der Revolutionären Obleute. Ein Beteiligter erinnert sich: „Es ist niemals festgestellt worden, wer eigentlich die Losung ‚Auf zum Vorwärts!‘ ausgegeben hat. Es wurde in den folgenden Jahren viel darüber diskutiert, ob es ein Provokateur gewesen sein könnte. Das ist möglich. Doch kann es ebenso gut ein Demonstrant gewesen sein, der durch die ungeheure Menschenmenge in Wallung geraten war. So entstehen eben spontane Aktionen; irgendjemand gibt die Parole aus, die in der Luft liegt. Das gehört zur Atmosphäre erregter Zeiten. Unbestreitbare Wahr-



Wilhelm Pieck als Mitglied des Reichstags  
Abbildung: ullstein bild



Karl Liebknecht  
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

heit ist, dass der Zug zum ‚Vorwärts‘ nicht vorbereitet war“.<sup>13</sup> Andere bewaffnete Gruppen besetzten später die großen Bahnhöfe. Die KPD begrüßte die Besetzung. In der Roten Fahne hieß es: „Die Arbeitermasse hat abermals spontan den ‚Vorwärts‘ besetzt. Die brutalen Provokationen der Ebert-Reptile gerade in den letzten Tagen haben die Geduld und Gutmütigkeit der Groß-Berliner Arbeiter auf eine zu harte Probe gestellt. Eine so gefährliche Waffe in den Händen der Feinde der Revolution länger lassen, hieße in der Tat an den vitalsten Interessen der Revolution Verrat üben. Die Zurücknahme des ‚Vorwärts‘, des geraubten rechtmäßigen Besitzes der Berliner Arbeiterschaft, ist ein selbstverständlicher Akt revolutionärer Notwehr. Hoffentlich lässt sich ihn die Arbeiterschaft diesmal nicht wieder entgleiten!“ Weiter schrieb Die Rote Fahne: „Die Proletarier des ganzen Reiches blicken in dieser Stunde auf Berlin. Für die Berliner Arbeiter und Soldaten gibt es nur eine Losung: Kampf bis zum letzten Atemzug unter dem Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!“



Spartakusleute besetzen das Redaktionsgebäude des Vorwärts in Berlin.  
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration fand noch am Abend des 5. Januar eine weitere Versammlung im Polizeipräsidium statt: 70 Revolutionäre Obleute, zehn Vorstandsmitglieder der USPD, zwei Vertreter der KPD (Liebknecht, Pieck) sowie Eichhorn. Die Konferenz stand, wie ein Teilnehmer berichtete, „ganz im Banne der gewaltigen Demonstration, ohne sich zunächst

darüber schlüssig zu werden, was weiter geschehen müsse.“<sup>14</sup> Heinrich Dorrenbach als Vertreter der Volksmarinedivision erklärte, „nicht nur die Volksmarinedivision, auch alle anderen Berliner Regimenter stehen hinter den Revolutionären Obleuten und sind bereit, mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.“<sup>15</sup> Die Soldatenvertreter warnten. Die Berliner Truppen hätten immer geschwankt und es sei noch nicht einmal sicher, ob Dorrenbach seine eigenen Leute hinter sich habe. Doch insbesondere Liebknecht trat für ein offensives Vorgehen ein. Er erklärte, „dass bei diesem Stand der Dinge nicht nur der Schlag gegen Eichhorn abgewehrt werden müsse, sondern der Sturz der Regierung Ebert Scheidemann möglich und unbedingt notwendig sei.“<sup>16</sup> Nach Richard Müller waren Liebknecht und Pieck diejenigen, die die radikalsten Forderungen aufstellten. Mit 80 gegen sechs Stimmen wurde schließlich beschlossen, „den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen“.<sup>17</sup> Richard Müller und Ernst Däumig, die beiden Führer der Obleute, wandten sich gegen diesen Beschluss; sie meinten, dass die Voraussetzungen für eine Regierungsübernahme nicht gegeben seien. Däumig warnte eindringlich „vor einer Massenaktion mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes, da diese Bestrebungen wegen des Fehlens jeglicher Planung auf Berliner und überregionaler Ebene nur mit einem Fiasko für die Revolutionäre Linke enden könne“.<sup>18</sup>

Dennoch wurde ein 33-köpfiger Revolutionsausschuss gebildet, in dem Georg Ledebour, Karl Liebknecht und Paul Scholze gemeinsam den Vorsitz übernahmen und der zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung aufrief. Dieser Revolutionsausschuss – so Pieck in einem detaillierten Bericht, der allerdings erst später in der Öffentlichkeit bekannt wurde<sup>19</sup> – beschloss in der ab 12.00 Uhr nachts stattfindenden Sitzung, „noch in der Nacht die Kabinettsmitglieder zu verhaften, die militärisch wichtigen Gebäude am Montag zu besetzen“, die Arbeiter zu bewaffnen und Kommissionen einzurichten. Zur Umsetzung dieser

14 Zit. nach: Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19, Köln 2008, S. 157.

15 Zit. nach: ebd., S. 157 f.

16 Zit. nach: Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, München 2002, S. 388.

17 Haffner (wie Anm. 14), S. 158.

18 Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 6, Leipzig 2008, S. 74.

19 Vgl. Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung und der Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, S. 4 f.

13 Karl Retzlaw: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1976, S. 116.



Eine Straßensperre aus Möbelwagen in der Liniestraße im Berliner Stadtteil Moabit während des Spartakusaufstandes  
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Beschlüsse kam es jedoch nicht mehr. Unter Protest von Pieck löste sich der Revolutionsausschuss gegen zwei Uhr nachts auf. Im Anschluss an diese Sitzung verhandelten jedoch noch Liebknecht und drei weitere Mitglieder des „Revolutionsausschusses“ – darunter wohl auch Pieck – mit Dorrenbach. Dieser erklärte sich bereit, Matrosen zur Verhaftung der Regierungsmitglieder einzusetzen. Doch blieb auch dieser Plan im Ansatz stecken. Wie dilettantisch die „Regierungsübernahme“ in Angriff genommen wurde, zeigte sich am folgenden Tag: Zur Besetzung von Regierungsgebäuden wurden einige Trupps ausgesandt, die zu ihrer Legitimation eine maschinenschriftliche Erklärung des Revolutionsausschusses über die Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung und über die vorläufige Übernahme der Macht durch das revolutionäre Gremium erhielten. Vor dem Kriegsministerium erschien am 6. Januar ein Trupp von etwa 300 Bewaffneten unter Führung des Matrosen Wilhelm Lemmgen aus dem Marstall mit dem Auftrag, das Kriegsministerium zu besetzen. Der Matrose verlangte die Übergabe des Kriegsministeriums und verwies auf das mitgebrachte Schriftstück. Der amtierende Leutnant Hamburger wies den Matrosen darauf hin, dass die Unterschrift der „neuen Regierung“ nur mit Maschine geschrieben, und daher nicht „beweiskräftig“ sei. Er gab dem Matrosen eine schriftliche Erklärung mit, das Kriegsministerium sei bereit, sich der „neuen Regierung“ zu übergeben, doch müsste die Proklamation erst handschriftlich unterschrieben sein. Der Matrose und seine Begleiter zogen nach dem Marstall zurück und kehrten nach geraumer Zeit mit den Unterschriften der Vorsitzenden des „Revolutionsausschusses“ Ledebour, Liebknecht und Scholze zurück, wobei Liebknecht auch

für den abwesenden Ledebour unterzeichnete. In dem Schriftstück steht: „Kameraden, Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Die ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss [...] für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.“ Der Vorwärts veröffentlichte dieses Dokument nach seiner Wiedezulassung am 14. Januar und schrieb unter der Überschrift: „Das Dokument der Schuld“: „Leutnant Hamburger nahm das kostbare Dokument dankend an sich – von einer Übergabe des Kriegsministeriums war aber freilich dann nicht mehr die Rede. Die dummen Teufel im Marstall waren einfach hineingefallen und hatten den vollen Beweis ihrer verbrecherischen Schuld in die Hand des Gegners gespielt. Es ist kennzeichnend für die zynische Gewissenlosigkeit, aber auch für den naiven Größenwahn Karl Liebknechts, dass er glaubte, er könne mit einem Federstrich das ganze Kriegsministerium zu Untreue, Meuterei und Rebellion verleiten.“<sup>20</sup>

#### Montag, 6. Januar 1919

Der Revolutionsausschuss siedelte am Montagvormittag in den Marstall über, dem Sitz der Volksmarinedivision. Dem Aufruf des Revolutionsausschusses folgend, traten viele Berliner Betriebe am 6. Januar in den politischen Streik. Die Massen waren an diesem Montagmorgen noch zahlreicher erschienen: Etwa 200 000 Menschen säumten die Straßen von der Siegesallee bis hin zum Alexanderplatz.

Dies sei „keine Rebellion, das ist eine Revolution“, schrieb Die Rote Fahne und fuhr dann fort: „Noch vor 3 Wochen schienen Ebert-Scheidemann im Zenith ihrer Macht zu stehen. Die blöden Toren! Noch sind keine zwanzig Tage seitdem verflossen und ihre scheinbare Macht ist über Nacht ins Wanken geraten. Die Massen sind eben die wirkliche Macht, die reale Macht kraft ihrer Interessen, kraft der historischen Notwendigkeit, kraft des ehernen ‚Muss‘ der Geschichte. Unaufhaltsam schreitet die Revolution Vorwärts, mit all ihrem äußeren wirren Verlauf, mit der abwechselnden Ebbe und Flut. Die Masse muss eben im Kampfe selbst zu kämpfen, zu handeln lernen.“ Zugleich stellt das Blatt die Frage: „Sind aber ihre Führer, die ausführenden Organe ihres Willens, auf der Höhe? Sind die Revolutionären Obleute und Vertrauensleute

.....  
<sup>20</sup> In: Vorwärts, Nr. 23 vom 14.1.1919. Im Ledebour-Prozess wurde eine andere Darstellung des Vorfalls gegeben. Demnach ging Lemmgen, dem unterdessen Bedenken gekommen waren, mit dem unterzeichneten Dokument nicht zum Kriegsministerium, sondern nach Hause und übergab es erst später einem Vertreter der SPD-Regierung. Vgl. Luban (wie Anm. 18), S. 81; Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 81.





Menschenmenge auf dem Alexanderplatz in Berlin während des Generalstreiks im Januar

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

der Großbetriebe, sind die radikalen Elemente der U.S.P. inzwischen an Tatkraft, Entschlossenheit gewachsen? Hat ihre Aktionsfähigkeit mit der wachsenden Energie der Massen Schritt gehalten? Wir befürchten, die Frage nicht mit einem glatten Ja beantworten zu können. Wir fürchten, die Führer sind noch dieselben, wie sie am 9. November waren, sie haben wenig hinzugelernt.“ Vor allem aber warnte das Blatt vor Verhandlungen und Kompromissen: „Andere, pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, um ‚Verhandlungen‘ anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen, um über den blutigen Abgrund, er sich zwischen der Arbeiter- und Soldatenmasse und der Regierung Eberts aufgetan, eine Brücke zu schlagen, um die Revolution zu einem ‚Vergleich‘ mit ihren Todfeinden zu verleiten. Da ist keine Zeit zu verlieren. Da müssen sofort durchgreifende Maßnahmen vorgenommen werden. Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden. Die schwankenden Elemente unter den Truppen können nur durch entschlossenes, klares Handeln der revolutionären Körperschaften für die hiesige Sache des Volkes gewonnen werden. Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent, das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet. Ihre Stunden zählen in der Weltgeschichte für

Momente und ihre Tage für Jahre. Mögen sich die Organe der Revolution ihrer hohen Pflichten bewusst sein!“<sup>21</sup>

Aber auch Die Rote Fahne sagte nicht, worin das Handeln bestehen sollte, außer dass die Massen sich bewaffnen und alle Machtpositionen besetzen sollten. Der Großteil der Demonstranten, von denen einige wieder bewaffnet waren, blieb auch am 6. Januar ohne klare Direktiven und Zielsetzungen. Man wartete auf Anordnungen der Führung. Doch es geschah nichts. Der Revolutionsausschuss war unfähig, irgendwelche Entscheidungen zu treffen, er war noch nicht einmal in der Lage, untereinander über die nächsten Maßnahmen zu beraten. Es herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Deren führende Mitglieder waren damit beschäftigt, Reden vor den Demonstranten zu halten. Ein Teilnehmer der Demonstration beschrieb die Situation so: „Es war ein ganz wirres Durcheinander.“<sup>22</sup> Einzelne Gruppen machten sich wieder selbständig und besetzten noch ein paar öffentliche Gebäude so u. a. das Spandauer Rathaus. Die Masse jedoch, desillusioniert und des langen Wartens müde, strömte am Abend nach Hause.

Aufgeschreckt durch die Besetzung des Zeitungsquartiers und die Aufrufe zum Sturz der Regierung hatten sich in den Morgenstunden des 6. Januar viele Tausende Anhänger der SPD in der Wilhelmstraße eingefunden, um notfalls den Schutz der Regierung zu übernehmen.<sup>23</sup> Aus der Demonstration der regierungstreuen Arbeiter heraus wurde der „freiwillige Helferdienst der sozialdemokratischen Partei“ unter der Leitung des Verlegers Artur Baummeister und des Unteroffiziers der Reserve Liebe gebildet. Dieser Helferdienst stellte in den nächsten Tagen zwei militärische Formationen mit insgesamt 4.500 Mann auf, nämlich das „Regiment Liebe“ und das „Regiment Reichstag“.<sup>24</sup> Kuttner hielt vor regierungstreuen Demonstranten, die sich am 7. Januar erneut vor dem Reichskanzlerpalais versammelten, eine Ansprache, in der er die Anwesenden aufforderte, „die Verteidigung der Regierung durch die Tat in die Hand zu nehmen“.<sup>25</sup> Daraufhin schloss sich ein Trupp von 150 Mann zusammen, der dann das Brandenburger Tor besetzte.

Am Morgen des 6. Januar war auch die Reichsregierung zusammengetreten. Ebert äußerte dabei den Standpunkt,

.....  
21 Die Rote Fahne, Nr. 7 vom 07.01.1919.

22 So der USPD-Arbeiterrat Stahlwerk auf einer parteiinternen Sitzung. Zit. nach: Luban (wie Anm. 19), S. 6.

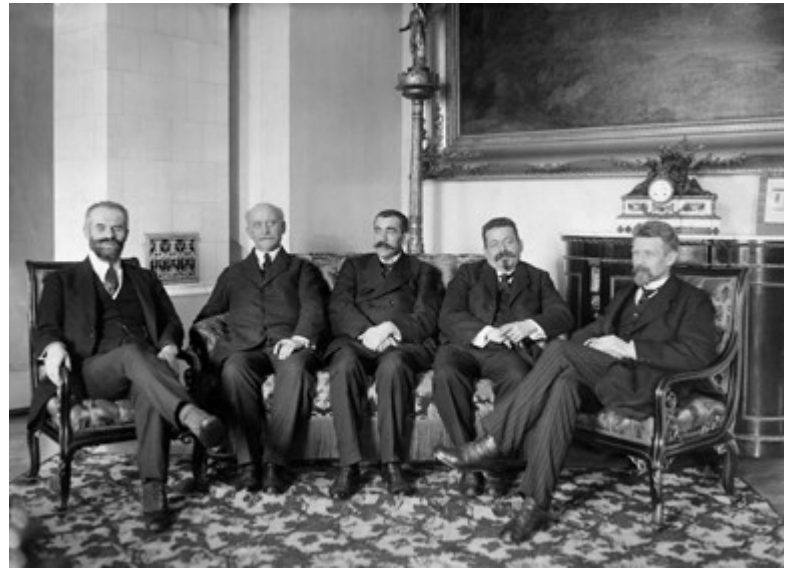
23 Vgl. Friedrich Wilhelm von Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 261.

24 Vgl. Wette (wie Anm. 11), S. 325.

25 Ebd.

dass die Regierung sich eine Truppe schaffen müsse, auf die sie sich verlassen könne, Noske ergänzte, dass „nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen“.<sup>26</sup> In der Folge ging es nur noch um die Frage, wer mit dieser militärischen Aufgabe betraut werden sollte. Die Frage hingegen, ob die Bekämpfung von Unruhen nicht eine polizeiliche Aufgabe sei, die in den Zuständigkeitsbereich des preußischen Innenministers fiel, wurde nicht gestellt. Zunächst wurde der Kommandeur der in Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Generalleutnant v. Hoffmann, vorgeschlagen, als jedoch eingewendet wurde, dass die Arbeiter gegen einen General größte Bedenken hegen würden, wurde schließlich Noske ins Spiel gebracht, der die militärische Befehlsgewalt schließlich mit den mittlerweile berühmt gewordenen Worten übernahm: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“<sup>27</sup> Noske begann seine militärische Tätigkeit damit, dass er sich ins Generalstabsgebäude begab, um mit den Herren des Stabes der Abteilung Lüttwitz die militärische Lage durchzusprechen. Die Abteilung Lüttwitz – wenige Tage später in Generalkommando Lüttwitz umbenannt – war die von der Obersten Heeresleitung bestimmte Spitze aller Freikorps in und um Berlin. Im Generalstabsgebäude erfuhr Noske allerdings eine bittere Enttäuschung: Die Organisation der Freikorps – so wurde ihm erläutert – sei keineswegs abgeschlossen und dauere mindestens noch eine Woche. Als Stabsquartier der aufzustellenden Freikorps wurde das Luisenstift in Berlin-Dahlem vorgesehen, wo sich schon der Divisionsstab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division befand. Die einzige militärische Formation, die sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin befand, war das im Moabiter Kasernenblock stationierte Regiment Reinhard. Oberst Wilhelm Reinhard übernahm zusammen mit seinem Ordonnanzoffizier, Oberleutnant Hans von Kessel, neben der Moabiter Kaserne die Sicherung der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes. Außerdem übernahmen Teile der Republikanischen Soldatenwehr die Verteidigung des Regierungsviertels.

Am Abend des 6. Januar zeichnete sich schon ab, dass der Aufstand aufgrund der Desorganisation in den eigenen Reihen gescheitert war. Hinzu kam, dass entgegen den verbreiteten Erwartungen alle in Berlin stationierten militärischen Formationen sich in den politischen Ausei-



Fünf der sechs Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, v. li. n. re.: Otto Landsberg, Philipp Scheidemann, Gustav Noske, Friedrich Ebert, Rudolf Wissell. Der Rat der Volksbeauftragten war die während der Novemberrevolution gebildete, vorläufige deutsche Regierung. Sie amtierte vom 9. November 1918 bis zum 10. Februar 1919.

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

inandersetzungen für neutral oder zugunsten der Ebert-Scheidemann-Regierung erklärten. Selbst die Volksmarinedivision widerrief die von Dorrenbach gegebene Unterstützung. Dorrenbach wurde abgewählt und die Revolutionären Obleute mit den „größten Schimpfworten aus dem Marstall gewiesen“.<sup>28</sup> Von der Volksmarinedivision aus dem Marstall hinausgeworfen, begab sich der Revolutionsausschuss in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Dort diskutierten die Revolutionären Obleute einen Vorschlag der USPD-Führer, mit der mehrheitssozialdemokratischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Breitscheid, Dittmann, Kautsky sowie Cohn-Reuß hatten ein Vermittlungsangebot vorgelegt. Es sollte eine „Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzpunkte“ eingerichtet werden, um blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Die Freiheit erläuterte diesen Schritt: „Der 6. Januar ist stürmisch verlaufen. Alle sozialistischen Parteien haben den Massenstreik proklamiert und ihre Anhänger auf die Straße gerufen. Es ist an manchen Orten zu Zusammenstößen gekommen und es sind leider auch Opfer gefallen, Opfer, die nicht gebracht worden sind im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, sondern in einem Kampf, der vermieden hätte werden können zwischen Arbeitern. In dem Moment höchster Spannung, als eine

26 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 68.

27 Ebd.

28 So Pieck in seinem Manuskript von 1920, zit. nach: Luban (wie Anm. 19), S. 8.



große Katastrophe fast schon unabwendbar schien, da hat unsere Parteileitung eingegriffen. In den ersten Nachmittagsstunden beschloss sie eine Vermittlung zu versuchen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.“ Zum Schluss betonte das Blatt: „Wir wollen keinen Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterschaft, wir wollen den Sieg der ganzen vereinten Arbeiterklasse.“<sup>29</sup> Die an der Beratung teilnehmenden Vertreter des Spartakusbundes, Liebknecht und Pieck, lehnten die Verhandlungen entschieden ab. Die Freiheit meinte dazu, dass „dieser Verzicht auf den Gang der Verhandlungen und die weiteren Ereignisse wohl ohne jeden Einfluss bleiben“ wird.<sup>30</sup> Die Verhandlungsaufnahme wurde am späten Montagabend mit 51 zu zehn Stimmen von den Revolutionären Obleuten gebilligt. Die Verhandlungen wurden noch am Montagabend aufgenommen. Es wurde eine Kommission gebildet, in der auf Seiten der SPD-Regierung u. a. Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissel saßen. Der Zentralvorstand der USPD und die Revolutionären Obleute bestimmten je sechs Vertreter zu den Verhandlungen. Sie stellten vier Waffenstillstandsforderungen: Beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten; beiderseits keine weiteren Heranziehungen von Truppen; beiderseitige Abschiebung der schon herbeigeschaffenen Truppen; beiderseits keine weitere Herbeischaffung von Waffen und Munition.<sup>31</sup> Ebert erklärte, es sei ihm eine Gewissenssache, Gewalt nur zur Abwehr anzuwenden. „Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen.“<sup>32</sup> Die Vermittler erzielten eine Erklärung, dass sie bereit seien, ihre Anhänger aufzufordern, keine Gewalt anzuwenden.

Die Rote Fahne wandte sich in einer Erklärung entschieden gegen die Aufnahme von Verhandlungen: „Während die revolutionären ‚Führer‘ beraten und die Ebert-Noske handeln, suchen die Haase und Gen. auch eine ihnen angemessene Rolle in der Revolution zu spielen: Sie haben sich an den Zentralrat gewendet, mit dem Anerbieten, einen Vergleich zu ‚vermitteln‘. Der Zentralrat hat darauf gnädig geruht, das Anerbieten anzunehmen. Der Zentralvorstand der U.S.P. sowie die Revolutionären Obleute haben sich nun darauf hingesezt, um jene Vorschläge zu beraten. Dies die letzte Nachricht vom Kriegsschauplatz. 700.000 Tatenlustige, von revolutionärer Energie strotzende Proletarier irren in den Straßen

.....

29 Die Freiheit, Nr. 11 vom 07.01.1919.

30 Ebd.

31 Vgl. Die Rote Fahne, Nr. 9 vom 09.01.1919.

32 Zit. nach Wette (wie Anm. 11), S. 303.

Berlins directionslos herum, und die revolutionären Körperschaften – beraten über einen ‚Vergleich‘ mit Ebert-Scheidemann. Arbeiter! Soldaten! Erscheint auf den Ruf der revolutionären Führer um 9 Uhr wie ein Mann in der Siegesallee, und erhebt einen so energischen, gellenden Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!, dass diesen Führern jede Lust zu ‚Verhandlungen‘ vergeht und ihnen Mut zu Taten kommt!“<sup>33</sup>

#### *Dienstag, 7. Januar 1919*

Am Dienstag, den 7. Januar, erlebte Berlin noch einmal eine eindrucksvolle Demonstration. Die Rote Fahne schrieb voller Euphorie: „Der Kampf geht weiter. Die Berliner Massen erschienen immer wieder auf der Straße, geschlossen, mutig, kampfbereit, in prächtiger Stimmung. Der Ruf ‚Nieder mit Ebert-Scheidemann‘ tönt immer grummiger aus den endlosen Zügen, die sich die Straße entlang wälzen. Die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum sehen dem ‚Treiben der Spartakusleute‘ mit täglich wachsender Wut zu. [...] Alle diese braven Bürger mit ihrer holden Weiblichkeit, die sich sämtliche brutalen Eingriffe des Militarismus vier Jahre lang ohne zu mucken gefallen ließen, die sich aus Wohnungen, Türklinken, Ofentüren und ehrwürdige zinnerne Erbstücke der Großmutter beschlagnahmen ließen, die den ganzen bürokratischen Wahnwitz der Kriegswirtschaftsämter und die tobende blutige Anarchie des Völkermordes als ‚große Zeit‘ priesen, sie verfallen heute in Tobsucht beim Anblick der Arbeitermassen, die es wagen, gehobenen Hauptes auf den Straßen zu marschieren und ihre Forderungen auszurufen. [...] Gemach, Ihr edlen Herrschaften! Ihr werdet noch viele solche Tage von unerträglicher Qual miterleben müssen. [...] Die Revolution ist aus dem Marsche und das, was wir heute erleben, ist nur ein Fragment, eine Etappe des gewaltigen Marsches.“<sup>34</sup> Doch entgegen der von der Roten Fahne verbreiteten Euphorie blieben die Arbeiter auch am 7. Januar ohne jegliche Parolen und Direktiven. Einige weitere Gebäude wurden durch revolutionäre Arbeiter besetzt, wobei unklar war, ob es sich um spontane oder vom „Revolutionsausschuss“ angeordnete Aktionen handelte. Am Dienstagmittag fand eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, zu der auch Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck hinzugezogen wurden. Beide waren als Vertreter der KPD im Gremium der Revolutionären Obleute und seit Sonntagabend auch in der Aufstands-

.....

33 Die Rote Fahne, Nr. 7 vom 07.01.1919.

34 Die Rote Fahne (wie Anm. 31), Nr. 9 vom 09.01.1919.

leitung tätig, hatten aber weder am Sonnabend noch am Sonntag, noch am Montag Kontakt zu der KPD-Zentrale, die somit ohne Informationen über das Wirken ihrer beiden Vertreter war. Deshalb wurde die Spartakusführung am Montagabend initiativ und schickte zwei ihrer Mitglieder, Leo Jogisches und Paul Levi, zur Sitzung der jetzt im Polizeipräsidium tagenden Aufstandsführung. Diese ließen sich am Rande der Versammlung von Liebknecht und Pieck über die Einzelheiten der seit Sonnabend im Kreise der Berliner Linken geführten Diskussionen informieren und vereinbarten die Teilnahme Liebknechts und Piecks an der Sitzung der KPD-Zentrale für den Dienstag. Auf dieser Sitzung kam es erstmals seit Beginn der Massenaktionen zu gemeinsamen Beratungen mit Liebknecht und Pieck.<sup>35</sup> Im Anschluss an diese Sitzung zog Rosa Luxemburg eine erste kritische Bilanz der drei Tage des Aufstandes. Diese Überlegungen erschienen als Leitartikel in der Mittwochausgabe der Roten Fahne unter dem Titel „Versäumte Pflichten“. Darin schrieb sie: „Seit dem 9. November prallt die revolutionäre Welle periodisch gegen dieselbe Mauer: die Regierung Ebert-Scheidemann. [...] Die Fortentwicklung der Revolution laboriert an dem Grundfehler des 9. November: dass an die Spitze der revolutionären Regierung Leute gestellt worden sind, die bis zur letzten Minute alles getan hatten, was in ihren Kräften lag, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern und die sich nach dem Ausbruch an ihre Spitze mit der klaren Absicht gestellt haben, sie bei der nächsten passenden Gelegenheit abzuwürgen. [...] Soll die Revolution weiter ihren Gang gehen, soll sie Etappe für Etappe ihrer Entwicklung durchmachen [...], dann muss die Mauer, die sich ihr entgegenstellte, die Regierung Ebert-Scheidemann hinweggeräumt werden.“ Zugleich betonte sie: „Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichstagspalais stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen: es heißt vor allem sämtliche tatsächliche Machtpositionen ergreifen und sie auch festhalten und gebrauchen.“ Wenn „die Massen“, so fuhr die Autorin fort, den Vorwärts und das Wolfische Telegraphenbureau besetzten, so wäre es Pflicht der revolutionären Organe der Arbeiterschaft gewesen, diese im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft zu nutzen.<sup>36</sup>

Die von Rosa Luxemburg so vehement kritisierten, am Montagabend aufgenommenen Verhandlungen wurden am Dienstag fortgesetzt. Um 11.00 Uhr trafen sich die



Rosa Luxemburg (1870–1919), sozialistische Politikerin und Mitbegründerin der KPD

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Vertreter beider Seiten. Ebert und andere Zentralratsmitglieder forderten nun die Freilassung der besetzten Gebäude als Vorbedingung für weitere Verhandlungen, die Berliner Unterhändler lehnten dies als Kapitulation ab. Kautsky versuchte einen Vermittlungsvorschlag: Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten erklären, „dass sie die Verhandlungen als gescheitert betrachten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führen“. Der Vorschlag wird jedoch von den Ebert-Leuten abgelehnt. Die revolutionären Vertreter machen einen neuen Vorschlag: Herausgabe der besetzten Zeitungen, nach Beendigung der Kämpfe. Auch dieser Vorschlag wird von den Ebert-Leuten abgelehnt. Daraufhin erklären die revolutionären Vertreter: Ihre Vollmachten reichten für die Aufgabe der Zeitungen nicht aus, deshalb sei Vertagung der Verhandlungen nötig. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen am Mittwoch, 10.00 Uhr, fortzusetzen.<sup>37</sup>

.....  
35 Vgl. Luban (wie Anm. 19), S. 10.

36 Die Rote Fahne, Nr. 8 vom 08.01.1919.

.....  
37 Vgl. Die Freiheit, Nr. 12 vom 07.01.1919.

Währenddessen gingen die Schießereien in der Stadt unvermindert weiter, sie nahmen sogar im Vergleich zum Vortag an Heftigkeit noch zu – es gab mehr Verwundete und Tote. Zwischen 20.00 und 22.00 Uhr kam es vor dem Potsdamer Platz zu Kämpfen mit Handgranaten und Infanteriegewehren. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten wollten den Potsdamer Bahnhof besetzen, um den Einmarsch von Regierungstruppen zu verhindern. Der Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Von 23.00 Uhr an spielten sich vor dem Anhalter Bahnhof ähnliche Kämpfe ab. Die Revolutionäre gingen mit Handgranaten und Maschinengewehren vor: es gelang ihnen aber auch hier nicht, den Bahnhof zu besetzen.

Um Mitternacht wollten Regierungstruppen die Druckerei der Roten Fahne stürmen. Sie gingen mit Handgranaten vor und verwendeten geballte Ladungen. Der Angriff konnte aber abgewehrt werden. Die Anhänger des Spartakusbundes hatten sich verschanzt und blieben in dem Gebäude. Der Druck der Mittwochausgabe wurde jedoch durch den Angriff verzögert und es konnte nur ein einseitiges Extrablatt Der Roten Fahne erscheinen.<sup>38</sup>

#### *Mittwoch, 8. Januar 1919*

Die Schießereien dauerten die Nacht lang fort. In den frühen Morgenstunden versuchten Regierungstruppen das Wolff'sche Telegraphenbüro zu stürmen. Sie kamen mit einem Panzerauto und eröffneten das Feuer. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Die Gebäude von Scherl und von Ullstein waren nach wie vor in den Händen der Revolutionäre, ebenso das Vorwärts-Gebäude und der Schlesische Bahnhof. Das Reichstagsgebäude war in eine wahre Festung verwandelt worden. Von jedem Balkon herab richteten sich drei oder vier Maschinengewehrläufe drohend auf die Umgebung. Aus den Fenstern und Türen sah man Gewehrläufe ragen. Das Reichstagsgebäude wurde von schwerbewaffneten Soldatenpatrouillen bewacht, die das Gewehr meist schussbereit trugen. Das Brandenburger Tor wurde durch eine Postenkette gesperrt, die Soldaten und Arbeiter, die hier Wache hielten, waren mit einem Panzer von Handgranaten umgeben. Auf dem Tore wehte eine rote Fahne, die bei den Kämpfen des Vortages von revolutionären Arbeitern und Soldaten aufgefplant wurde. Bis in die Mittagsstunde kam es immer wieder zu Schießereien vor dem Reichstagsgebäude und in dessen Umgebung. Es kam noch zu kleineren Demonstrationen revolutionärer Arbeiter im Tiergarten und im Stadtzent-

.....  
38 Vgl. Die Rote Fahne (wie Anm. 31), Nr. 9 vom 09.01.1919.

rum, von einer zentralen Führung der Aufständischen war allerdings wenig zu merken, wie v. Oertzen feststellte.<sup>39</sup>

Die Verhandlungen, die um 10.00 Uhr wieder aufgenommen werden sollten, konnten wegen der Verkehrsschwierigkeiten zu dieser Stunde nicht beginnen. Um Mittag traten die einzelnen Parteien zu Vorverhandlungen zusammen und vereinbarten, im Reichskanzlerpalais die gemeinsamen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Freiheit wertete dies als das einzig Gute in der jetzigen Lage, ansonsten zog das Blatt in seiner Mittwochausgabe unter der Überschrift „Vereinbarung oder Bürgerkrieg“ eine überwiegend negative Bilanz der gestrigen Verhandlungen. Die Regierung sei am Dienstag bedeutend schroffer aufgetreten als am Vortag und die Redaktion hatte den Eindruck, dass die Regierung durchaus nicht alles daran setzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten. Dabei wäre eine Vereinbarung nach Ansicht der Zeitung durchaus möglich gewesen. „Wäre die Regierung in die Verhandlungen eingetreten, statt Vorbedingungen zu stellen, die Vereinbarung wäre unserer Ueberzeugung nach schon fertig, die Zeitungen wären bereits frei.“<sup>40</sup>

Der Revolutionsausschuss mit seinen 33 Mitgliedern beschloss im Laufe des Tages seine Auflösung und die Bildung eines militärischen Ausschusses mit lediglich sechs Mitgliedern, darunter Liebknecht und Pieck. Am Mittwoch fand ebenfalls eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, auf der Jogisches kategorisch den Rücktritt seiner Partei aus dem militärischen Ausschuss und eine öffentliche Kritik an der ganzen Aktion forderte. Rosa Luxemburg schloss sich dieser Forderung an, Liebknecht widersprach. Er bezeichnete einen solchen Rücktritt als ein feiges Zurückweichen vor den Schwierigkeiten und erklärte, sich einem solchen Beschluss niemals fügen zu wollen. Die Auffassung von Jogisches und Luxemburg wurde jedoch von der Mehrheit der Führungsmitglieder geteilt.<sup>41</sup>

Auch am Nachmittag kam es noch zu Schießereien, doch trat Scheidemann dem Eindruck entgegen, dass Berlin ein einziges großes Schlachtfeld sei. Der holländischen Firma „Holland Nieuws Büro“ gegenüber erklärte er: „Für das Ausland müssen die Nachrichten aus Berlin verwirrend und vor allem verheerend wirken. Kampfberichte von zahllosen verschiedenen Stellen müssen den Eindruck

.....  
39 Vgl. von Oertzen (wie Anm. 23), S. 266.

40 Die Freiheit, Nr. 13 vom 08.01.1919.

41 Vgl. Luban (wie Anm. 19), S. 14.





Spartakisten haben sich hinter einer umgestürzten Litfasssäule in der Großen Frankfurter Straße verschanzi.  
Abbildung: ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

machen, als sei Berlin ein einziges großes Schlachtfeld, auf dem sich ein blutiger Krieg abspielt. Sie als Augenzeuge wissen es besser. Sie sehen, wie sich, abgesehen von einigen Punkten und Straßen, das tagtägliche Geschäftsleben ruhig weiter abwickelt. Sie wissen, dass der größte Teil Groß-Berlins von den Vorgängen nahezu unberührt ist.<sup>42</sup>

Noch im Verlauf des Mittwoch hatte sich die Situation grundlegend verändert: Es wurde bekannt, dass die Verhandlungen gescheitert waren. Die USPD kommentierte dies in einem Beitrag, der dann am Donnerstag in *Der Freiheit* unter dem Titel „Nicht Verständigung – Bürgerkrieg!“ wiedergegeben wurde: „Der vierte Kampftag bricht an. Das Schießen nimmt zu, das Tückern der Maschinengewehre, die Explosion der Handgranaten wird zum gewohnten Geräusch. Die Opfer mehren sich in erschreckender Weise. [...] Ist das notwendig [...]. Nein, es ist nicht notwendig, dass diese Opfer fallen, dass das Schießen fortgeht. Es musste nicht sein, dass die Regierung taub blieb allen Ratschlägen, allen immer nun wiederholten Versuchen der Vermittlung. Der Eindruck, den wir seit Beginn der Verhandlungen hatten, die Regie-

rung wolle keine Verständigung, ist im Laufe des heutigen Tages zur traurigen Gewißheit geworden. Die Regierung will den Weg der Gewalt, sie will die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Wenn wir gestern noch fragen konnten: Verständigung oder Bruderkrieg?, heute ist es keine Frage mehr: der Bruderkrieg tobt in den Straßen.

Unsere Genossen [...] haben alles versucht, um eine Verständigung zu ermöglichen. Vergebens! Wie gestern, so lehnte heute die Regierung Ebert-Scheidemann auch uns ab, in die sachlichen Verhandlungen einzutreten und fordert von vornherein Unterwerfung. Vergebens schlugen die verhandelnden Genossen vor, alle bürgerlichen Zeitungen vorher zu räumen, vergebens sagten sie auch die Rückgabe des ‚Vorwärts‘ als gewisses Resultat der Verhandlungen zu. Die Regierung blieb bei ihrem starren Nein und der Zentralrat entwürdigte sich zu ihrem willenlosen Werkzeug! [...] Die Verhandlungen sind abgebrochen.<sup>43</sup>

Stattdessen erschien am Mittwoch ein Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung Berlins. In ihm hieß es: „Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie

.....  
42 Zit. nach *Die Rote Fahne*, Nr. 10 vom 10.01.1919.

.....  
43 *Die Freiheit*, Nr. 15 vom 09.01.1919.



**Einzug der Regierungstruppen in Berlin.  
Rast der Truppen auf dem Dönhoffplatz.**

Abbildung: ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. [...] Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muss aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. [...] Die Stunde der Abrechnung naht.“<sup>44</sup>

Ferner wurde in der Stadt ein Flugblatt verbreitet, das unterzeichnet war: „Im Einverständnis mit dem Oberkom-

mandierenden Noske“, „Die Arbeitsstelle Berliner Studenten“. In ihm wurde zur Meldung bei den Freiwilligen-Verbänden zum bewaffneten Kampf gegen die Aufständigen aufgefordert: Der Aufruf hatte den Wortlaut: „Aufruf an alle wehrfähigen Männer! Regierungstreue Männer Berlins! Bürger! Arbeiter! Nun habt Ihr zur Genüge mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie Liebknechts Massen dabei sind, um uns unser gedemütigtes Vaterland in vollkommenen Verfall zu bringen. [...] Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, dass es nicht möglich ist, die Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen. Spartakus ist bewaffnet, und unsere Treuen können bis heute bloß die Fäuste ballen. Jetzt könnt Ihr zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu schirmen. Vier Verbände nehmen Euch sofort auf [...]“. Es wurden vier Wortstellen genannt: Regiment Reinhard, Moabit; Gardekavalleriedi-

.....

44 Zit. nach: von Oertzen, (wie Anm. 23), S. 267.

vision, Dahlem; Landesjägerkorps, Zossen; Division Hül- sen, Werder; als Anreiz versprochen wurden u. a. mobiles Gehalt, 6 Mark Handgeld pro Kopf und Tag, freie Ver- pflegung und Unterbringung, Treugeld, Entlassungsgeld, Entschädigungen. Zum Schluss hieß es: „Zaudert nicht! Stellt Euch sofort, wie Ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist größer als damals. Kommt, soweit wie möglich.“<sup>45</sup>

Die Freiheit nannte diesen Aufruf ein „Dokument der Schande“<sup>46</sup> und der USPD-Vorsitzende Hugo Haase geriet über diesen Aufruf – insbesondere über den Hinweis auf 1914 – derartig in Rage, dass er in einem Flugblatt die Bildung der Freiwilligen-Verbände anprangerte und zum Widerstand gegen die drohenden Gewalttaten der „Wei- ßen Garde“ aufrief. Das Flugblatt hatte den Wortlaut: „[...] Die Regierung will nicht mit Güte regieren, sie will mit der eisengepanzten Faust den Massen entgegentreten. [...] Dazu soll die Weiße Garde unter dem Patronat Noskes helfen. Und man wagt es, Arbeiter für die konterrevoluti- onäre Weiße Garde zu werben und gegen einen Judaslohn zu Verrätern ihrer Klasse zu machen. Arbeiter! Ihr werdet diesen Schimpf denen heimzahlen, die so gewissenlos sind, Euch gegen Eure Arbeitsbrüder aufzuhetzen. Die Herren Bourgeois und Rechtssozialisten verlangen von Euch in dem Flugblatt, Ihr sollt so tun, ‚wie Ihr es 1914 getan habt‘. Die Studenten und ihre Hintermänner wollen also den Taumel des August 1914 von neuem entfesseln. Sie haben nicht genug an den Millionen Toter und Verstümmelter. Sie bereiten ein neues Blutbad vor und diesmal nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind, den klas- senbewussten Arbeiter. Über vier Jahre haben sie ihre ver- derbliche Kriegspolitik getrieben und damit unser Volk bis zum Weißbluten gebracht, unser Wirtschaftsleben zerstört,

Hunger und Not über die Massen verhängt. Jetzt sollen die blutigen Orgien weitergehen. Kein ehrlich denkender Arbeiter wird diesem schändlichen Lockruf folgen. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske haben jede Ach- tung bei den Massen verloren, auch bei denjenigen, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, sich vollständig von ihnen abzuwenden.“<sup>47</sup>

Am Abend tagten die Revolutionären Obleute, um über die veränderte Lage zu beraten. Sie verabschiedeten den Haase-Text als gemeinsamen Aufruf der Berliner Lin- ken und unterzeichneten ihn auch mit der KPD-Zentrale, obwohl Liebknecht und Pieck noch gar nicht anwesend waren. Diese kamen erst am späten Abend von der KPD- Sitzung. In einer mehrstündigen Diskussion war die Stim- mung der ursprünglich auf Verhandlungen und friedliche Beilegung des Konflikts orientierten Obleute vollständig umgeschlagen. Eine große Mehrheit entschied sich dafür, erneut zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf aufzurufen. Ein besonders aggressives, von Liebknecht formuliertes Flugblatt wurde zu später Abendstunde ver- abschiedet. In ihm hieß es: „Es muss gekämpft werden bis aufs Letzte [...]. Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaff- net euch! Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde, die Ebert Scheidemann! [...] Auf zum Kampfe, auf zum vernichtenden Schlag, der zerschmettern muss die blutbe- sudelten Ebert-Scheidemann!“<sup>48</sup>

### Ende Teil 1

Die Fortsetzung der Ereignisse des „Spartakusauf- stands“ bis zum 11. Januar 1919 sowie eine his- torische Einordnung finden Sie im nächsten Heft Einsichten&Perspektiven 1/19. 🍷

.....  
45 Die Freiheit (wie Anm. 43), Nr. 15 vom 09.01.1919.

46 Ebd.

.....  
47 Ebd.

48 Zit. nach: Wette (wie Anm. 11), S. 318.